

VOLKS BLATT | SPLITTER

Einstellung gefordert

SANTA MARIA - Die Anwälte von Michael Jackson fordern eine Einstellung des Kindesmissbrauchs-Prozesses. Die Staatsanwaltschaft habe ihre Kompetenzen überschritten und unnötige Hausdurchsuchungen angeordnet, erklärten die Verteidiger. Die letzte Durchsuchung von Jacksons Anwesen im Dezember war nach ihrer Ansicht «eindeutig dazu bestimmt, den Angeklagten, seine Familie und sein Personal zu verschrecken und einzuschüchtern». (AP)

Ehren-Oscar

BEVERLY HILLS - Regisseur Sidney Lumet erhält einen Oscar für sein Lebenswerk. Der 80-Jährige werde für seine Verdienste um die Filmkunst geehrt, entschied die Academy of Motion Picture Arts and Sciences. Er sei einer der wichtigsten Regisseure in der Geschichte des Kinos. Lumet drehte mehr als 40 Filme, darunter «12 Angry Men» (1957), «Serpico» (1973), «Hundstage» (1975) und «Network» (1976). (AP)

Nach Operation zuversichtlich

NEW YORK - Der Soulsänger James Brown ist erfolgreich an der Prostata operiert worden. Sein Arzt teilte nach dem Eingriff mit, er rechne mit einer vollständigen Erholung. Ähnlich äusserte sich der Manager. «Mr. Brown ist immer ein Kämpfer gewesen und wir sind zuversichtlich, dass er bald wieder fit für weitere 50 Jahre ist.» (AP)



Rekord-Jackpot geknackt

POTSDAM/MÜNSTER - Der dickste Jackpot der deutschen Lottogesichte ist geknackt. Dort teilen sich zwei Spieler die Gewinnsumme von 26,7 Millionen Euro. Zunächst hatte sich einer der beiden Gewinner beim Deutschen Lottoblock gemeldet. Er sei über die Auszahlungsmodalitäten informiert worden. «Bei 13 Millionen Euro ist schon ein wenig Betreuung nötig.» Der Gewinn ist steuerfrei. Für ihren Millionengewinn hatten die beiden Glückspilze verschwindend wenig investiert: Der eine 21 Euro, der andere sogar nur neun Euro. (AP)

Historischer Beschluss

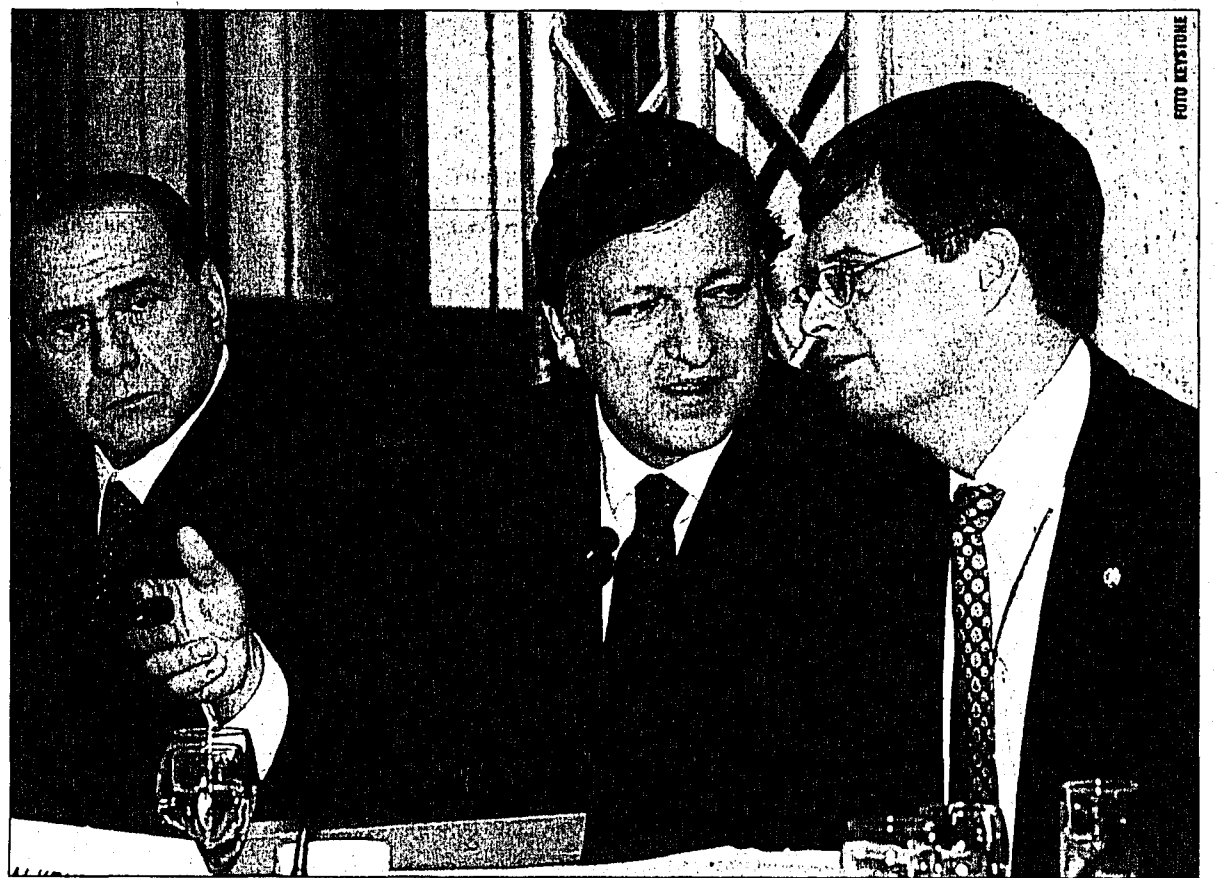
EU-Beitrittsverhandlungen mit Türkei am 3. Oktober 2005

BRÜSSEL - Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei am 3. Oktober 2005 ausgesprochen. Dies verlautete aus diplomatischen Kreisen beim EU-Gipfel am Donnerstagabend in Brüssel.

Diesen Termin werde die EU der Türkei vorschlagen, hiess es weiter. Weitere Einzelheiten waren zunächst nicht bekannt. Die niederländische Ratspräsidentschaft wollte sich nach Ende der Beratungen äussern. Ob der Status von Zypern geklärt war, blieb zunächst unklar. Die Türkei weigerte sich bislang, das EU-Mitglied anzuerkennen. In der EU galt es allerdings als undenkbar, dass Verhandlungen mit einem Land geführt würden, das einen EU-Mitgliedsstaat nicht anerkennt. Auch ob die Frage dauerhafter Schutzklauseln nach einem EU-Beitritt der Türkei geklärt war, blieb zunächst unklar.

Erwarteter Ausgang

Vor Beginn der Verhandlungen hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder gesagt: «Ich gehe davon aus, dass wir beschliessen werden, dass Verhandlungen im Jahr 2005 beginnen.» Schröder betonte, dass es bei den Verhandlungen um einen Beitritt der Türkei gehe und nicht



«Die Türkei muss die Köpfe und Herzen der Menschen erobern», sagte Barroso (Bildmitte).

um einen anders gearteten dritten Weg. Der schwedische Ministerpräsident Göran Persson sagte: «Die Türkei hat alle Bedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen erfüllt, und jetzt hat sie das Recht, dies auch zu tun.» Dauerhafte Schutzklauseln lehnte er ab. Dies verstosse gegen den Geist der EU.

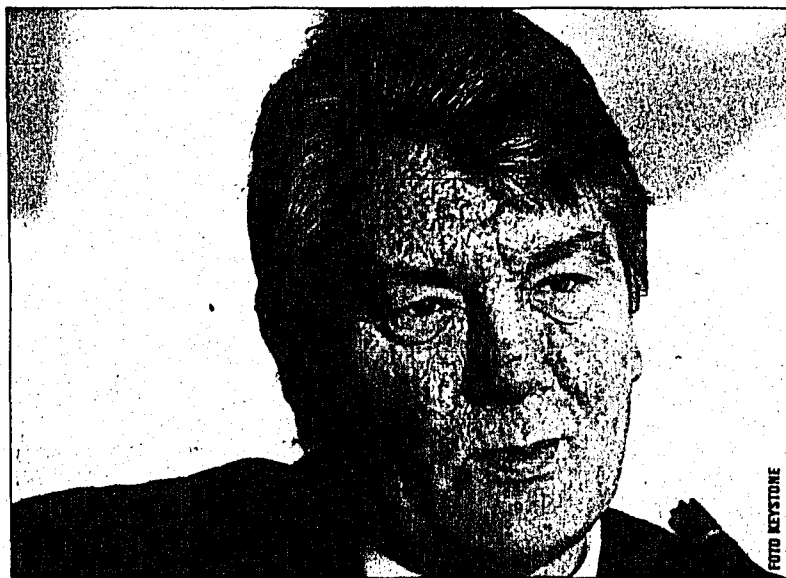
Auch der irische Ministerpräsident Bertie Ahern sagte, er gehe von einem positiven Beschluss für die Türkei aus. Der Luxemburger Ministerpräsident Jean-Claude Juncker wies darauf hin, dass die Staats- und Regierungschefs die kritische öffentliche Meinung zwar nicht ganz ignorieren könnten, aber auch die

öffentliche Meinung könne nicht so tun, als gebe es 40 Jahre Geschichte nicht. Die damalige EWG hatte der Türkei bereits 1963 in Aussicht gestellt, Mitglied zu werden. In Berlin votierte der deutsche Bundestag mit den Stimmen der rot-grünen Koalition für die Aufnahme der Verhandlungen. (sda)

Ort und Datum der Vergiftung benannt

Ukraine: Juschtschenko «Regierung plante politischen Mord»

KIEW - Der ukrainische Oppositionspolitiker Viktor Juschtschenko hat die Regierung am Donnerstag erstmals direkt für seine Vergiftung verantwortlich gemacht. Zudem nannte er Zeit und Ort der mutmasslichen Tat.



Es habe sich um den Versuch eines politischen Mordes gehandelt, vorbereitet von den Behörden, sagte Juschtschenko.

Am 5. September habe er mit Geheimdienstchef Ihor Smeschko und dessen Stellvertreter Wolodimir Satsiuk zu Abend gegessen, sagte er der Nachrichtenagentur AP. «Dies war der einzige Ort, an dem niemand aus meinem Team anwesend war und an dem keine Vorsichtsmassnahmen wegen des Essens getroffen wurden.» Es habe sich um den Versuch eines politischen Mordes gehandelt, vorberei-

tet von den Behörden, sagte Juschtschenko weiter. Sein Wahlkampfteam hatte schon zuvor das Dinner als mögliches Datum der Vergiftung identifiziert. Den Ärzten in Wien berichtete er von Kopf- und Magenschmerzen, die unmittelbar nach dem Abendessen aufgetreten seien. Die Ermittlungsbehörden untersuchten den Fall, sagte Juschtschenko: «Ich habe keinen Zweifel daran, dass innerhalb einiger Tage oder Wochen die Spur zu den Behörden führt, zu bestimmten Vertretern der Regierung». Alle Fragen würden geklärt werden: «Wer verabreichte das Gift, wer war beteiligt, wer lieferte das Gift, wer segnete alles auf den verschiedenen Regierungsebenen ab?» (sda)

Keine Unterschrift

Italien: Ciampi legt Veto ein

ROM - Der italienische Präsident Carlo Azeglio Ciampi hat am Donnerstag sein Veto gegen die bereits vom Parlament verabschiedete Justizreform eingelegt.

rechts-Regierung von Ministerpräsident Silvio Berlusconi hat die geplante Reform als Weg zur Effizienzsteigerung der Justiz angepriesen. Unter den Justizbeamten ist sie umstritten.

Ciampi verweigerte die Unterzeichnung und sandte den Gesetzentwurf zur Überarbeitung an das Abgeordnetenhaus zurück, wie sein Büro mitteilte.

Machtbeschnidung

Nach Ansicht des Präsidenten würde die Reform die Macht des Justizsystems zu sehr beschniden, hiess es in einem Bericht. Zudem habe Ciampi Zweifel hinsichtlich der Finanzierbarkeit. Die Mitte-

Freie Wahl

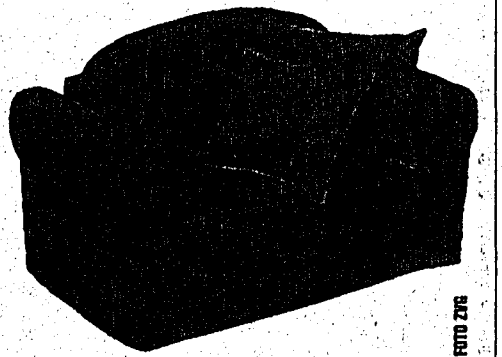
Die Juristen sollen sich dem Entwurf zufolge künftig entscheiden, ob sie als Richter oder Staatsanwalt arbeiten wollen. Bislang ist ihnen ein Wechsel möglich. Der Einfluss des Staatspräsidenten auf den Gesetzgebungsprozess ist begrenzt. Er kann den Entwurf nur einmal ablehnen und muss das Gesetz unterzeichnen, wenn es ihm abermals vom Parlament vorgelegt wird. (sda)

++++ Zu guter Letzt...++++

Stinkendes Sofa

OSLO - Wegen des gesundheitsschädigenden Gestanks eines Ledersofas hat ein norwegisches Gericht einem Paar Schadenersatz in Höhe von 43 500 Euro (rund 66 530 Franken) zugesprochen. Das neu erworbene Sofa strömte einen so unerträglichen Geruch aus, dass das Paar unter Schwindelanfällen, Kopfschmerzen, Erbrechen und Nasenbluten litt. Trotz unzähliger Reinigungen liess der Gestank nicht nach und breitete sich stattdessen in der ganzen Wohnung

aus. «Am Ende sind wir ausgezogen, weil es einfach zu gefährlich für unsere Tochter wurde.» Die Wohnung musste komplett renoviert werden, die restlichen Möbel und die Kleidung wurden weggeschmissen. Auf dem Sofa wurden nach Angaben Spuren von Buttersäure entdeckt. (sda)



Advertisement for VOLKSCARD featuring a large '13' and text: 'Politik - Wirtschaft - Sport - Kultur Bei uns ist alles im Preis inbegriffen. Jetzt das VOLKSBLATT abonnieren! 13 Monate für CHF 209.- (FL) CHF 299.- (CH) inkl. VOLKSCARD Anrufen und bestellen 237 51 41 Profitieren Sie als -Abonnent von Vorzugspreisen'